

Im Reich der Illusionen

Neuer Asylansturm: „Nur Minderjährige“ als Köder – doch es kann noch ärger kommen als 2015

Michael Paulwitz

Im Luftreich des Traums besitzen wir Deutschen die Herrschaft unbestritten. Was Heinrich Heine in seinem „Wintermärchen“ notierte, gilt zumindest für deutsche Politiker heute genauso wie vor gut 175 Jahren. Die Mühsal, auf dem Land und auf dem Meer die Grenzen Europas zu verteidigen, überlassen wir gerne den anderen und rümpfen die Nase, wenn es unfein wird; der deutsche Diskurs dreht sich um nichts Geringeres als die Rettung der Menschheit.

Wer sich allein aus „Tagesschau“, „heute“ und den etablierten Leitmedien der deutschen Tages- und Wochenpresse informiert, wer zudem die Einordnung des Geschehens deren Leitartiklern und den Gesprächsrundenformaten der Öffentlich-Rechtlichen überläßt, der kann in der Tat glauben, daß an den griechischen Grenzen vor allem Frauen und Kinder Einlaß begehren und in den griechischen Migrantenzugängen Mütter und Kinder, Alte und Schwache hungern, frieren, Not leiden und auf Erlösung durch Frau Merkel warten.

In Endlosschleife reflektieren die linksgrünen Echokammern das Mantra, daß allein die Aufnahme und Versorgung im deutschen Sozialstaat das Leid der durchweg als „Flüchtlinge“ und „Schutzsuchende“ fehletikettierten Migrantenscharen abstellen könne; daß im „reichen“ Deutschland noch immer genug „Platz“ und Geld vorhanden sei, und daß die legitimen und konsequenten Grenzsicherungsmaßnahmen der griechischen Behörden und Sicherheitskräfte sich irgendwo zwischen fragwürdig und völkerrechtswidrig bewegten.

Wer nachdenkt und rechnet, dem muß schon aufgrund des schier unerschöpflichen Nachschubs an Migrationswilligen aufgehen, daß „Grenzen auf“ keine Lösung für die aktuelle wie für künftige Migrationskrisen sein kann. Doch wo diese Haltung herrscht, sind selbst Zahlen und Fakten schon potentiell rechtsextrem, steht eine auf sie gegründete Politik a priori unter Gesinnungsverdacht.

Und das mitunter selbst dort, wo politische Fehlentscheidungen die Bürger spürbar und unmittelbar treffen: in den Kommunen. Etwa 140 deutsche Städte, darunter auch einige bayerische wie die Unterfranken-Metropole Würzburg, haben sich einem von der NGO „Seebrücke“ initiierten Städtebündnis „Sicherer Häfen“ angeschlossen, das Migranten aus Griechenland aufnehmen will. Die Oberbürgermeister von sieben Städten haben einen entsprechenden Appell an die Bundesregierung gerichtet.

Angesichts dieses hypermoralischen Propaganda-Trommelfeuers hat die Bundesregierung, schneller als sogar von Pessimisten erwartet, die ursprünglichen

Beteuerungen, man stehe zur Sicherung der europäischen Grenzen und der Kontrollverlust von 2015 dürfe sich nicht wiederholen, ausgehöhlt und mit einem fatalen Beschluß die Tür zum nächsten Asylansturm nach Deutschland geöffnet. Heraus kam ein süßes Lockmittel: Nur 1.500 Personen sollten aufgenommen werden, und nur Minderjährige unter 14 Jahren, und nur besonders Schutz- und Behandlungsbedürftige und vor allem Mädchen. Dabei wird es natürlich nicht bleiben. Nimmt man Minderjährige auf – es wird sich weisen, wie viele davon dann doch vollbärtig ankommen –, ist der Nachzug von Eltern und Geschwistern der nächste logische Schritt. Den Ankerkindern folgen die Familien, den Ankerfamilien Sippen und Familienverbände.

Jeder verantwortungsbewußte Bürgermeister sollte diesen Mechanismus kennen, der Sozialausgaben und Integrationslasten rasch zum Explodieren bringen kann. Das Beispiel Rendsburg ist noch frisch: Erst erklärte sich die schleswig-holsteinische Stadt mit großer Moralgeste zum „Sicheren Hafen“, dann mußte sie um einen Stopp der Zuweisung neuer Migranten bitten, weil der Bevölkerungsanteil der Einwanderer aus den Hauptasylländern in den vergangenen fünf Jahren von einem auf zehn Prozent hochgeschwungen war.

Der Beschluß der Bundesregierung entspricht auch nicht dem Mehrheitswillen der Bevölkerung. Die Stimmung hat sich geändert seit dem Willkommensrausch von 2015. Ein Indiz: Der Verein „Seebrücke“ kann trotz der konzertierten Werbung linker Parteien, Kirchen, Lobbyisten und Verbände für seine „Wir haben Platz!“-Kundgebungen in mehreren Städten jeweils nur einen harten Kern von einigen hundert bis wenigen tausend Teilnehmern mobilisieren.

Einer aktuellen Umfrage zufolge lehnen 51 Prozent die Aufnahme sogenannter „Flüchtlingskinder“ ab, nur 39 Prozent befürworten sie. Eindeutig dagegen sind 71 Prozent der Unionsanhänger, 75 Prozent der FDP- und 96 Prozent der AfD-Wähler. Klare Befürworter sind dagegen Parteigänger von Grünen (69 Prozent) und SPD (59 Prozent).

Es gibt in dieser Frage also eine klare bürgerliche Mehrheit gegen das lautstarke grünlinke Lager. Statt auf die eigenen Wähler zu hören – „die Leute wollen keine Flüchtlinge“, hielt Unions-Fraktionschef Ralph Brinkhaus Kanzlerin und Innenminister zu Recht entgegen –, beugen sich CDU, CSU und FDP dem Druck der grün-linken Meinungshegemonie und der Macht der mit ihnen verbundenen Lobby der Einwanderungsprofiteure und verstecken sich hinter Kompromissen.

Im Ergebnis ermutigt die Bundesregierung Sozialmigranten mit falschen Signalen und fällt den Verteidigern der Festung Europa in den Rücken, statt ihnen politisch, personell und materiell zu Hilfe zu eilen, die eigenen Grenzen zu sichern und das löchrig gewordene deutsche Asylrecht zu suspendieren und zu reformieren.

Das hypermoralische Luxusdenken der deutschen Politik ist ein Spiel mit dem Feuer. Die vom türkischen Staatschef Erdoğan in Gang gesetzte Migrantenwelle 2020 könnte noch dramatischer werden als der Asylansturm 2015, der Europa bereits in seinen Grundfesten erschüttert hat. Es ist höchste Zeit, daß die Deutschen sich aus dem Luftreich der Illusionen wieder herab auf den Boden der Tatsachen begeben.

Linke und AfD

Zweierlei Maß

Dieter Stein

Am Schluß hat es immerhin zu einer Aktuellen Stunde im Bundestag geführt: die Entgleisungen vom Strategiekongreß der Partei „Die Linke“ vom vorvergangenen Wochenende. Zuerst machte das Zitat einer Teilnehmerin die Runde, in dem von der Erschießung von Reichen die Rede war. Dann sickerten nach und nach weitere Stellungnahmen durch, die es in sich hatten.

So erklärte Tim Fürup, wissenschaftlicher Mitarbeiter eines Linken-Bundestagsabgeordneten, auf dem Kongreß, Sinn der Parlamentsarbeit sei es, „Staatsknete im Parlament abzugreifen“, das Parlament brauche man lediglich „als Bühne, weil die Medien ... so geil auf dieses Parlament“ seien. Ferner solle die Abgeordnetendiät auf das Niveau von Facharbeitern beschränkt und der Rest („die gesamte Kohle“) der linksextremen Antifa gegeben werden, gegen „den Nazi-Dreck“.

Die Linke ist mit ihrem Kongreß dabei sehr offen umgegangen, die Veranstaltung wurde gefilmt, es waren zahlreiche Medien anwesend. Bemerkenswert ist nun, wie insbesondere die Öffentlich-Rechtlichen ARD und ZDF, die mit eigenen Reportern vor Ort waren, in ihren Nachrichtensendungen über den Kongreß berichteten. Kein Wort nämlich über extremistische, antiparlamentarische und gewaltverherrlichende Äußerungen. Vielleicht weil dies als linke Politfolklore lässig abgehakt wird? Oder weil Bodo Ramelow wenige Tage später als „Retter der Demokratie“ zum Ministerpräsidenten von Thüringen gewählt werden sollte und ihm auf den letzten Metern keine kritischen Steine in den Weg gelegt werden sollten?

Dabei hatte die Linke vorab auf 565 Seiten Thesenpapiere öffentlich dokumentiert, die 250 „Genoss*innen“ zur Konferenz eingesandt hatten. Schon hier finden sich Forderungen nach „gezieltem Bruch parlamentarischer Spielregeln“, „zivilem Ungehorsam“, „Zerschlagung des kapitalistischen Staatsapparates“, nach „Revolution“, dem „Endziel“ einer „kommunistischen Gesellschaft“, Stellung der „Systemfrage“, „breite Bündnisse“ unter Einschluß linksextremer, kommunistischer Gruppen wie der DKP, „Errichtung des Sozialismus“. Aber wen überrascht das, wenn sich die Linkspartei doch in ihrem Programm offen in die Tradition der „kommunistischen Arbeiterbewegung“ stellt?

In einem Interview der NZZ äußerte sich jetzt Parteichef Bernd Riexinger entspannt zur Ausrichtung seiner Partei: „Es gibt Gruppen in unserer Partei, die etwas radikalere Vorstellungen haben. Die Linkspartei hat etwas geschafft, was so noch keiner Partei in Deutschland gelungen ist: Wir haben ganz verschiedene linke Strömungen zusammengeführt.“

Wenn der AfD-Chef unter umgekehrten Vorzeichen dasselbe sagen würde: Wie groß wäre da die Empörung? Dabei steht die AfD im Gegensatz zur Linken nicht einmal in der Tradition einer totalitären Ideologie.

Kurz will Kurs halten

Österreich: Mit seiner harten Haltung in Fragen der illegalen Einwanderung überrascht der ÖVP-Kanzler die EU-Partner und stellt die Grünen auf die Probe
Boris T. Kaiser

Spätestens seit den Grenzöffnungen durch den türkischen Präsidenten Erdoğan schwebt das Worst-Case-Szenario einer Neuauflage des Jahres 2015 in der Asylfrage wie ein Damoklesschwert über dem europäischen Kontinent. Daß es dazu bislang nicht gekommen ist, haben die Europäer nicht zuletzt der Republik Österreich und ihrem Bundeskanzler Sebastian Kurz zu verdanken. Anders als von vielen befürchtet, ist dieser nach dem Auseinanderbrechen seiner rechts-konservativen Regierung mit der FPÖ bislang auch in der neuen Koalition mit den österreichischen Grünen in der Einwanderungsfrage stabil geblieben. Als gern-gesehener Interviewpartner warnt der ÖVP-Mann die Staaten der Europäischen Union eindringlich vor einer Aufnahme von Migranten aus dem Grenzgebiet.

Vor allem die Grüne Jugend zürnt

„Wenn diese Menschen, die teilweise auch gewaltbereit sind, am Ende nach Mitteleuropa durchkommen, wird es nicht bei den 13.000 bleiben. Dann werden es bald Hunderttausende und später vielleicht Millionen sein“, so die deutlichen Worte des österreichischen Regierungschefs.

Um eine solche Entwicklung abzuwenden, unterstützt Kurz auch ganz konkret die griechische Regierung und ihre Behörden. Jüngst kündigte er an, 13 Polizeibeamte seines Sondereinsatzkommandos Cobra, eine Drohne sowie ein gepanzertes Fahrzeug an die griechisch-türkische Grenze zu entsenden. Für Österreichs Kanzler scheint das nur konsequent. „Neben der Aufstockung von Frontex leistet Österreich einen eigenen zusätzlichen Beitrag an direkter Hilfe für Griechenland. Wir müssen alles daransetzen, daß die griechische Grenze zur Türkei geschlossen bleibt und wir den Spielchen Erdoğan nicht nachgeben. Dazu leisten wir einen Beitrag“, begründete Kurz die Entscheidungen.

Wie lange er seine klare Haltung in der sogenannten Flüchtlingsfrage noch aufrechterhalten kann, ist allerdings ungewiß. Beim Koalitionspartner formiert sich, wenn bislang auch schwächer als erwartet, erster Widerstand. Vizekanzler Werner Kogler forderte kürzlich bereits die Aufnahme von Frauen und Kindern in Österreich und wurde dabei vom ehemaligen grünen Parteivorsitzenden und heutigen Bundespräsidenten Alexander Van der Bellen unterstützt.

Für Kurz sind die Forderungen seines Stellvertreters dessen „Privatmeinung“, die er für die Regierungspolitik streng zurückweist. Bislang mit Erfolg. Auch weil er sich die Loyalität des Regierungspartners mit Versprechen und Zugeständnissen, vor allem in der Klimapolitik, teuer erkaufte hat. „Es ist möglich, Klima und Grenzen zu schützen“, so das österreichische Kanzler-Diktum, das die Koalition bislang zusammenhält. Sehr zum Ärger unter anderem der Grünen Jugend. „Wie geil muß dieses Klimapaket eigentlich werden, so daß manche glauben, es würde das Mittragen all dieser Grauslichkeiten und Menschenrechtsverletzungen rechtfertigen?“, twitterte etwa der erboste Landessprecher der Grünen Jugend Oberösterreich, Stephan Bartosch.

In der Bevölkerung ist der Rückhalt für Kurz und seine Sicherheitspolitik derweil weitgehend ungebrochen. Die Teilnehmerzahlen der „Öffnet die Grenzen“-Demonstrationen in Österreich hielten sich jedenfalls in überschaubaren Grenzen. Zur angekündigten Großkundgebung in Wien kamen lediglich rund 500 Teilnehmer.

Aus 2015 nichts gelernt

Wie vor fünf Jahren: Deutsche Medien trommeln erneut für eine Aufnahme angeblicher Flüchtlinge

Ronald Berthold / Felix Krautkrämer

Mit ihrem Versprechen, der Kontrollverlust von 2015 werde sich nicht wiederholen, stößt die Bundesregierung jetzt, da erneut eine Masseneinwanderung droht, in den Medien auf wenig Sympathie. Trotz des bis heute anhaltenden Vertrauensverlustes aufgrund einseitiger Berichterstattung und der Stigmatisierung der Kritiker der Flüchtlingspolitik haben Journalisten ihr Vokabular von damals aus den Archiven geholt. Knapp fünf Jahre später scheinen sie aus ihrem Fehlverhalten nichts gelernt zu haben. Erneut heißt es: „Alle rein!“

Diese plakative Forderung findet sich in der Überschrift eines Beitrages der Zeit. Und angeblich handelt es sich aus Sicht der Autorin Mely Kiyak bei den Migrantinnen, die an der türkisch-griechischen Grenze auf Einwanderung in die EU drängen, wieder vor allem um Kinder. Empathie verlangend schreibt sie: „Was diese Flüchtlinge, darunter

ungewöhnlich viele Kinder, erleben, ist das Katastrophalste, was einem Menschen in seinem Dasein widerfahren kann.“ Und: „Man läßt sie sterben.“ Es könne nur um eins gehen: „Das Ziel sind alle.“ Doch „um Menschlichkeit geht es in Europa schon lange nicht mehr“, sekundiert Andrea Backhaus auf Zeit Online. „Stattdessen werden die Syrerinnen und Syrer erneut alleingelassen.“

Auch die ARD-„Tagesthemen“ schwören ihre Zuschauer darauf ein, daß Deutschland jetzt die Grenzen öffnen müsse: „Frauen, Kinder, Kranke – völlig schutzlos. Diese Menschen brauchen Hilfe. Sofort!“, fordert Sabine Scholt in einem Kommentar: „140 deutsche Kommunen stehen bereit. Sie haben Erfahrungen gemacht, sie wissen, wie es geht – nicht planlos, sondern koordiniert.“ Es spreche „alles dafür, sie jetzt helfen zu lassen“.

„Das ist nicht mein Europa“

Drastischer drückt sich der ebenfalls öffentlich-rechtliche Deutschlandfunk angesichts des Grenzschutzes in Griechenland aus. Christian Buttkereit kommentiert: „Der Staat wird in diesem Fall zum Verbrecher.“ Die „Weltspiegel“-Moderatorin und Journalistin des arabisch- und persischsprachigen Formats „WDR for you“ (JF 51/16), Isabel Schayani, verbreitet auf Twitter gleich eine Europakarte des türkischen Fernsehens mit „Routen“ und „verschiedenen Optionen“.

Schon zu Jahresanfang war Schayani in die Kritik geraten, Werbung für die Einwanderung nach Deutschland zu machen. Damals hatte sie bei WDRforyou die Bereitschaft zahlreicher deutscher Städte zur Flüchtlingsaufnahme „aus Italien und Griechenland“ betont. Eine Botschaft, die über Facebook und andere soziale Kanäle mit großer Wahrscheinlichkeit in vielen Herkunftsländern gehört wurde.

In der ARD-Sendung „Das Wort zum Sonntag“ ruft die evangelische Pastorin Annette Behnken sogar dazu auf, „die Parlamente zu stürmen, in denen Neofaschisten sitzen und uns in Schreckstarre verfallen lassen“. Europa müsse „all seine Kräfte aufbringen, um jedes einzelne Kind, jede einzelne Frau und jeden einzelnen Mann aus der Not zu retten. Und wenn Europa das nicht einhellig hinkriegt, dann müssen es die tun, die dazu bereit sind. Wir dürfen Europas Schönheit nicht billig verkaufen: den Glauben an Menschlichkeit. Solidarität. Gerechtigkeit.“

Andere Medien versuchen cleverer, Bundeskanzlerin Angela Merkel zu einer erneuten Grenzöffnung zu bewegen. Damals galt als eines ihrer Motive, häßliche Bilder zu vermeiden, die ein Einreisestopp mit sich brächte. Die Süddeutsche Zeitung schreibt nun: „Sie werden am türkischen Grenzzaun stehen, im Rücken den Tod und vor sich den Stacheldraht. Diese Bilder darf Europa nicht ertragen.“

Ins selbe Horn bläst ARD-Journalist Gábor Halász. In Anlehnung an Merkels Worte von 2015, wenn sie sich für die offenen Grenzen zu entschuldigen habe, „dann ist das nicht mein Land“, twittert der TV-Korrespondent: „Das ist nicht mein Europa.“ Auch die

Bild schreibt online von „der Grenze der Schande“ und setzt bei der Bildsprache gezielt auf Fotos mit Kindern. Politik-Redakteur Julian Röpke verweist auf Twitter beim Hashtag Griechenland mit erhobenem Zeigefinger auf die Grundrechte der EU.

Das beliebte Narrativ der Wehrlosen, denen geholfen werden müsse, bedient auch die taz. Sie will „über Kinder sprechen, die von ihren weinenden Eltern aus Tränengaswolken getragen wurden. Oder über ein Kind, das vor der Küste von Lesbos ertrank.“ Den damaligen Kontrollverlust, den die Zeitung nicht leugnet, habe Deutschland doch gut überstanden. Heute solle man das Wort anders verwenden: „Ein Kontrollverlust ist es, wenn auf Lesbos Rechtsextreme patrouillieren. Ein Kontrollverlust ist es, wenn Polizisten dulden, daß Journalisten bedroht werden.“ Oder wenn Grenzschützer Tränengas „auf Kinder schießen“.

Der Tagesspiegel fordert, „weder der AfD noch Pegida, weder französischen, ungarischen oder polnischen Populisten ... sollten wir die Macht über uns geben, Untätigkeit und Unmenschlichkeit angesichts des Leides zu erzwingen“. Deutschland müsse, so der Berater der Chefredaktion, Gerd Appenzeller, „ein Zeichen setzen“.

Kritische Stimmen werden gleichzeitig diffamiert. „AfD-Politiker gerät mit Linken aneinander“ titelten zahlreiche Mainstreammedien vom Stern bis zum MDR. Der Spiegel wußte zu berichten, der Vorsitzende der AfD-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt und Oppositionsführer, Oliver Kirchner, habe gemeinsam mit dem Blogger und Youtuber Oliver Flesch, der für den Kanal des Deutschlandkuriers aus Griechenland berichtete, „bei einer antifaschistischen Demonstration in der Inselhauptstadt agitiert“. Ursprung für die Berichterstattung der meisten deutschen Medien war zudem die Nachrichtenagentur dpa, die mit als erste vermeldete, der AfD-Politiker Kirchner sei auf Lesbos in eine Auseinandersetzung mit linken Demonstranten geraten.

Das Blöde an der Geschichte: Kirchner war überhaupt nicht auf Lesbos. Stattdessen war er vergangenes Wochenende in seinem Landtagsbüro in Magdeburg, wie er auf Nachfrage der JUNGEN FREIHEIT berichtet. „Meine Frau hat mich dann angerufen und mir erzählt, was da gerade über mich in den Nachrichten zu lesen ist. Ich konnte das erst gar nicht glauben.“ Er behalte sich rechtliche Schritte gegen die Falschberichte vor.

AfD-Politiker war gar nicht in Griechenland

Zwar wurde Flesch nach eigenen Aussagen auf seinem Internetportal 19vierundachtzig.com tatsächlich „von etwa 20 bis 25 Antifa-Anhängern eingekesselt“ und dank der griechischen Polizei „da rausgeholt“, aber Kirchner kenne er nicht einmal, geschweige denn sei er mit ihm auf der Insel gewesen. Während die dpa ihre Meldung korrigierte und der MDR seine löschte, hat sich die Korrektur beim Spiegel bislang offenbar noch nicht herumgesprochen.

Anscheinend ist man beim Hamburger Magazin mit wichtigerem beschäftigt. Um die Europäische Union unter Druck zu setzen, die für viele Journalisten bis eben noch als sakrosankt galt und die sie gegen Kritik verteidigten, kommen nun ganz andere Worte. Spiegel-Reporter Hasnain Kazim fordert: „Kann mal bitte jemand endlich der EU den 2012 verliehenen Friedensnobelpreis wegnehmen?“ Sein Kollege Nils Minkmar schreibt schlicht: „Deutschland braucht Leute.“ Und der mit Medienpreisen überhäufte Mohamed Amjahid, wie Kiyak Autor der Zeit, argumentiert gar nicht mehr, sondern äußert schlicht seinen Traum: „Ich würde mir wünschen, daß ganz Afrika tatsächlich nach Europa kommt und wir eine große Party feiern.“ Ze.tt, das Jugendportal der Zeit, veröffentlicht passend auf Instagram alle deutschlandweiten Demonstrationstermine der Organisation Seebrücke.

Um die Forderungen aus der journalistischen Filterblase auf die Politik zu projizieren greift die ARD-„Tagesschau“ zu einem altbekannten Trick. Selbstreferentiell titelt sie über die „Aufnahme von Flüchtlingen“: „Druck auf Bundesregierung wächst“. Der Sender illustriert den Bericht mit einem Bild von drei in Decken gehüllten, traurig blickenden arabischen Kindern. Der mediale Dauerbeschuß zeigt erfolgreich Wirkung: Die Bundesregierung plant die Aufnahme minderjähriger Migranten aus dem griechisch-türkischen Grenzgebiet. Für Zeit-Autorin Katharina Schuler reicht das jedoch „nicht aus“ und ist „beschämend“.